

Mittelsächsische LinksWorte

22. FEBRUAR 2023

Nr. 180

17. JAHRGANG



Foto: Robert Wünsche

Am Samstag, dem 11. Februar fand im Hotel „Schwarzes Ross“ in Siebenlehn der Kreisparteitag des mittelsächsischen Kreisverbandes der LINKEN statt. Gekommen waren 69 Genossinnen und Genossen. Gewählt wurden zehn Delegierte zu den kommenden Landesparteitagen und die beiden mittelsächsischen Vertreter im Landesrat, dem Kontrollgremium des Landesverbandes. Ebenfalls gewählt wurden die vier Delegierten zur Bundesvertreter*innen-Versammlung zur Listenaufstellung für die Europawahl im kommenden Jahr. Mit dem Kreisparteitag wurde der symbolische Auftakt zur Vorbereitung des „Superwahljahres“ 2024 vollzogen. Im kommenden Jahr finden in Sachsen Europa-, Landtags- und Kommunalwahlen statt. In unserem Titelthema -1- berichten wir in Wort und Bild über den Kreisparteitag.

DIE DREI TITELTHEMEN DIESER AUSGABE:

1. BILANZIERT:

VOM KREISPARTEITAG DER MITTELSÄCHSISCHEN LINKEN AM 11. FEBRUAR

2. INFORMIERT:

DIE LINKSFRAKTION ZUR VORBEREITUNG DER SITZUNG DES KREISTAGES AM 8. MÄRZ

3. BERICHTET:

VOM 27. JANUAR, DEM TAG DES GEDENKENS AN DIE OPFER DES NATIONALSOZIALISMUS

- 2 editorial & standpunkt
- 3 dokumentiert & aktuell informiert
- 4/5 **titelthema 1: vom kreisparteitag in siebenlehn**
- 6 **titelthema 2: aus der kreistagsfraktion**
- 7 **unsere serie - immer auf seite -7-**
„linksworte“ vom Februar 2009
- 8 **titelthema 3: gedenktag an die Opfer des nationalsozialismus**
- 9 aktuell informiert:
- 10 **unsere serie zur politischen bildung:**
beitrag -82-: geopolitik im 21. jahrhundert
- 11 kreisvorstand & glückwünsche & historische daten
- 12 termine & querebeet & trauer

Erscheinungstag der nächsten gedruckten Ausgabe der „Mittelsächsischen LinksWorte“ ist am Mittwoch, dem 22. März 2023. **Redaktionsschluss** ist am Mittwoch, dem 15. März. Unsere Leser bitten wir darum, für den Druck, die Online-Ausgabe und die Verteilung der „Mittelsächsischen LinksWorte“ an die Ortsverbände der LINKEN und die Bürgerbüros der LINKEN im Landkreis Mittelsachsen zu spenden.

Spendenempfehlung: 10,00 Euro als Jahresbeitrag. Geldspenden unter Angabe des Verwendungszwecks „Spende für LinksWorte“ sind auch unter folgender Bankverbindung möglich:

DIE LINKE. Mittelsachsen

Sparkasse Mittelsachsen

IBAN: DE 87 8705 2000 3115 0282 10

BIC: WELADED1FGX

Kritische und polemische Zuschriften sind von der Redaktion ausdrücklich erwünscht. Bei Veröffentlichung bringen sie jedoch nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion zum Ausdruck.

Impressum

Herausgeber:

DIE LINKE.

KREISVORSTAND MITTELSACHSEN

Postanschrift der Redaktion:

Kreisgeschäftsstelle der LINKEN

Redaktion „LinksWorte“

09599 Freiberg, Lange Straße 34

Telefon: 0 37 31 - 2 22 56

Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

E-Mail: hans.weiske@dielinke-mittelsachsen.de

Redaktion: Ruth Fritzsche, Achim Grunke, Gottfried Jubelt, Kati Voigt, Hans Weiske (verantw. i.S.d.P.)

Layout und Satz: A • Bi • Te

Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske

Birkenstraße 23 b

09557 Flöha/OT Falkenau

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co. KG
Kalkstraße 2, 09116 Chemnitz

Internet: Die „LinksWorte“ kann man über die Webseite des Kreisverbandes der LINKEN aufrufen. Durch einen Klick kann man dort neben der jeweils aktuellen Ausgabe ein Gesamtarchiv mit allen seit November 2006 erschienen Ausgaben der „LinksWorte“ öffnen.

aus der redaktion

In wenigen Tagen jähren sich der Beginn des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine und die von Bundeskanzler Olaf Scholz in diesem Zusammenhang verkündete „Zeitenwende in der Geschichte unseres Kontinents“ zum ersten Mal. Die seit längerem schwelende Energie(preis)krise erlangte eine neue Dimension. Und das alles nach der schweren Corona-Lage vom Frühjahr 2020 an. Kein Wunder, dass die Begriffe „Zeitenwende“, „Krieg um Frieden“ und „Gaspreisbremse“ auf den ersten drei Plätzen der „Wörter des Jahres 2022“ landeten.

Wir haben in den vergangenen Monaten an dieser Stelle regelmäßig über die von der LINKEN gesetzten Themen „Kriege und Aufrüstung stoppen. Schritte zur Abrüstung jetzt! Für eine neue Friedensordnung und internationale Solidarität“ sowie „Gegen die soziale Kälte der Regierung: Preise und Profite deckeln. Klima schützen“ informiert.

Die erste bedeutsame Aktion des Kreisverbandes der mittelsächsischen LINKEN war der Kreisparteitag am 11. Februar in Siebenlehn. Wir berichten im Titelthema -1- ausführlich in Wort und Bild. Auf der Veranstaltung gab es viele interessante Debattenbeiträge seitens der Gäste. Zu den Teilnehmern sprachen der Bautzener Landratskandidat Alexander Theile, der Regionalgeschäftsführer Südwestsachsens des DGB, Ralf Hron, der Landesgeschäftsführer Lars Kleba und der stellvertretende Landesvorsitzende Tim Detzner. Allerdings ließ der eng gestrickte Zeitplan keine umfassende Debatte zu aktuellen Themen und zum Zustand der Partei zu.

Die nächste Sitzung des Kreistages am 8. März wird den Doppelhaushalt 2023/24 behandeln. Der Fraktionsvorsitzende Gottfried Jubelt berichtet im Titelthema -2- über die Verständigung der Fraktion im Vorfeld dieser Sitzung, wozu noch eine öffentliche Fraktionssitzung am 1. März stattfinden wird. Das heutige Titelthema -3- ist dem alljährlich am 27. Januar begangenen Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus gewidmet. Dazu fanden auch im Landkreis Mittelsachsen eine Vielzahl von Gedenkveranstaltungen statt.

Ein bewegendes Thema der vergangenen Wochen war die aufgeheizte Stimmungsmache der „Freien Sachsen“ und der AfD im Zusammenhang mit der Unterbringung von elf ausländischen Jugendlichen im Alter von 14 bis 17 Jahren in ein früheres Pflegeheim in Kriebethal. Wir berichten auf Seite -3- über den vor allem von Marika Tändler-Walenta als Landtagsabgeordnete organisierten stillen Gegenprotest. Unser 82. Beitrag unserer Serie zur politischen Bildung und Information ist der aktuellen Geopolitik gewidmet, wobei die Vorherrschaft der USA und das geopolitische und aus aktueller Sicht das geopolitische Konfliktfeld Ukraine im Mittelpunkt stehen. Unseren Leserinnen und Lesern wünschen wir eine interessante und anregende Lektüre.

„für verhandlungen statt krieg“ - das muss endlich hör finden

Von HANS WEISKE

Mein Interesse habe ich das „Manifest für den Frieden“ zur Kenntnis genommen. Nebenstehend veröffentlichen wir es im Wortlaut. Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht haben es am 10. Februar gemeinsam mit Brigadegeneral a.D. Erich Vad und 69 Erstunterzeichnern aus Kultur, Kunst, Wissenschaft, sozialen Bewegungen wie der Friedensbewegung veröffentlicht: Das Manifest fand binnen Kürze auf der weltweit größten Petitionsplattform für gesellschaftliche Veränderung change.org mehrere hunderttausend Unterstützer. Ich habe die Petition am heutigen 14. Februar als 423.810ter auf der genannten Plattform online unterzeichnet. Sicherlich hat das Renommee der Persönlichkeiten, die die Aktion tragen, zur enormen Zustimmung beigetragen. Mit dabei sind u.a. der UN-Diplomat Hans-Christof von Sponeck, der keine Massenvernichtungswaffen im Irak vorfand und so dokumentierte, dass George W. Bushs Begründung für den Krieg eine Lüge war. Weitere Unterstützer sind u.a. Christoph Butterwegge, Franz Alt, Prof. Dr. Peter Brandt, Prof. Gerhard Trabert, Reinhard Mey, Daniela Dahn, Dr. Margot Käßmann, Katharina Thalbach, Günter Verheugen und Antje Vollmer. Eine wichtige Rolle bei der großen Resonanz auf das Manifest dürfte auch die Tatsache spielen, dass die Hälfte der deutschen Bevölkerung, die für Verhandlungen statt Krieg plädiert, in der Öffentlichkeit endlich Gehör findet. Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht haben darüber hinaus zusammen mit Brigade-General a.D. Erich Vad einen Aufruf zur Teilnahme an eine Friedenskundgebung am Brandenburger Tor am 25. Februar um 14 Uhr gestartet. Für mich kam überraschend, dass der Parteivorstand zwar an den beiden Tagen nach Veröffentlichung des Manifestes beriet und u.a. einen Beschluss zum Jahrestag des Kriegs gegen die Ukraine unter der Überschrift „Stoppt den Krieg gegen die Ukraine - stoppt die Eskalation“ fasste, dabei jedoch nicht mit einem Wort auf das Manifest einging. Auch ein Aufruf zur Teilnahme der Genossinnen und Genossen der LINKEN an der Friedenskundgebung am Brandenburger Tor kam nicht zustande, obwohl im Beschluss zur Organisation von Mahnwachen, Kundgebungen und Infoständen aufgerufen wird. Dem „neuen deutschland“ war zumindest zu entnehmen, dass sich der Vorstand mit den Initiatoren des Kundgebungsaufrufs und der Spitze der Bundestagsfraktion verständigen wollte und in den nächsten Tagen in einer weiteren Vorstandssitzung ein Beschluss dazu gefasst werden soll. Problematisch scheint mir dabei nicht das Sperrfeuer aus Richtung Ampelparteien, CDU und Medien mit den Begriffen „Manifest der Unterwerfung“ und „Putin-Knechte“, sondern die Tatsache, dass der AfD-Vorsitzende Tino Chrupalla die Petition bereits am Tag der Veröffentlichung unterzeichnet hat. Er finde, in der Friedensfrage seien breite Bündnisse nötig. Dem entgegnet der Parteivorstand in seinem Beschluss richtigerweise „Bei der Mitarbeit in Bündnissen bestehen wir auf konsequenter Abgrenzung zu Faschisten, Rassisten sowie Rechtspopulisten, „Querdenkern“ und rechtspopulistischer Propaganda“. Gefreut habe ich mich darüber, dass heute auch Gregor Gysi das Manifest unterzeichnet hat. Die dazu von ihm abgegebene Erklärung beginnt mit den Worten: „Dieses Manifest und die Friedenskundgebung sind in einer Atmosphäre der Kriegshysterie dringend notwendig.“ Dem habe ich nichts hinzuzufügen.

im wortlaut: das „manifest für den frieden“

Heute ist der 352. Kriegstag in der Ukraine (10.2.2023). Über 200.000 Soldaten und 50.000 Zivilisten wurden bisher getötet. Frauen wurden vergewaltigt, Kinder verängstigt, ein ganzes Volk traumatisiert. Wenn die Kämpfe so weitergehen, ist die Ukraine bald ein entvölkertes, zerstörtes Land. Und auch viele Menschen in ganz Europa haben Angst vor einer Ausweitung des Krieges. Sie fürchten um ihre und die Zukunft ihrer Kinder.

Die von Russland brutal überfallene ukrainische Bevölkerung braucht unsere Solidarität. Aber was wäre jetzt solidarisch? Wie lange noch soll auf dem Schlachtfeld Ukraine gekämpft und gestorben werden? Und was ist jetzt, ein Jahr danach, eigentlich das Ziel dieses Krieges? Die deutsche Außenministerin sprach jüngst davon, dass „wir“ einen „Krieg gegen Russland“ führen. Im Ernst?

Präsident Selenskyj macht aus seinem Ziel kein Geheimnis. Nach den zugesagten Panzern fordert er jetzt auch Kampffjets, Langstreckenraketen und Kriegsschiffe – um Russland auf ganzer Linie zu besiegen? Noch versichert der deutsche Kanzler, er wolle weder Kampffjets noch „Bodentruppen“ senden. Doch wie viele „rote Linien“ wurden in den letzten Monaten schon überschritten?

Es ist zu befürchten, dass Putin spätestens bei einem Angriff auf die Krim zu einem maximalen Gegenschlag ausholt. Geraten wir dann unaufhaltsam auf eine Rutschbahn Richtung Weltkrieg und Atomkrieg? Es wäre nicht der erste große Krieg, der so begonnen hat. Aber es wäre vielleicht der letzte.

Die Ukraine kann zwar – unterstützt durch den Westen – einzelne Schlachten gewinnen. Aber sie kann gegen die größte Atommacht der Welt keinen Krieg gewinnen. Das sagt auch der höchste Militär der USA, General Milley. Er spricht von einer Pattsituation, in der keine Seite militärisch siegen und der Krieg nur am Verhandlungstisch beendet werden kann. Warum dann nicht jetzt? Sofort!

Verhandeln heißt nicht kapitulieren. Verhandeln heißt, Kompromisse machen, auf beiden Seiten. Mit dem Ziel, weitere Hunderttausende Tote und Schlimmeres zu verhindern. Das meinen auch wir, meint auch die Hälfte der deutschen Bevölkerung. Es ist Zeit, uns zu zuhören!

Wir Bürgerinnen und Bürger Deutschlands können nicht direkt auf Amerika und Russland oder auf unsere europäischen Nachbarn einwirken. Doch wir können und müssen unsere Regierung und den Kanzler in die Pflicht nehmen und ihn an seinen Schwur erinnern: „Schaden vom deutschen Volk wenden“.

Wir fordern den Bundeskanzler auf, die Eskalation der Waffenlieferungen zu stoppen. Jetzt! Er sollte sich auf deutscher wie europäischer Ebene an die Spitze einer starken Allianz für einen Waffenstillstand und für Friedensverhandlungen setzen. Jetzt! Denn jeder verlorene Tag kostet bis zu 1.000 weitere Menschenleben – und bringt uns einem 3. Weltkrieg näher.

zum thema: minderjährige flüchtlinge in kriebethal

Zur Vorgeschichte:

Der Landkreis Mittelsachsen gab Ende des vergangenen Jahres seine Absicht bekannt, in einem früheren Pflegeheim im Kriebsteiner Ortsteil Kriebethal zirka 12 sogenannte unbegleitete minderjährige Flüchtlinge (umA) unterzubringen. Gegen dieses Vorhaben wurden in kurzer Zeit über 200 Unterschriften gesammelt. Aus diesem Anlass traf sich Landrat Dirk Neubauer mit den Initiatoren der Unterschriftensammlung am 4. Januar in der Gemeindeverwaltung Kriebstein. Der Landrat verdeutlichte, dass die Unterbringung in Kriebstein alternativlos ist und sicherte zu, dass wirklich nur eine Etage des Objektes genutzt wird. Das Deutsche Rote Kreuz, Kreisverband Döbeln-Hainichen, soll die Betreuung der Schutzsuchenden in der eigenen Immobile übernehmen.

Was danach geschah:

In unserer Januar-Ausgabe informierten wir über eine am 20. Januar vor dem früheren Pflegeheim von Marika Tändler-Walenta angemeldete Kundgebung unter der Überschrift „Herz statt Hetze“. Dabei ging es um die Hetze der „Freien Sachsen“ und die AfD gegen die Unterbringung der Jugendlichen. Inzwischen fanden am 27. Januar und am 10. Februar weitere Kundgebungen statt.

Zur aktuellen Lage:

Seit dem 6. Februar werden elf Jugendliche im Alter von 14 bis 17 Jahren aus Afghanistan, Syrien und der Ukraine durch Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes im ehemaligen Pflegeheim betreut.



Bilder vom 20. und 27. Januar: links oben und unten: stummer Protest (aber mit Kerzen und Friedensliedern) **rechts oben:** Friedenslieder gesungen von den Landtagsabgeordneten **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**, **HANKA KLIESE** (stellv. Fraktionsvorsitzende der SPD) und **LUISE NEUHAUS-WARTENBERG**, dazwischen **ATTILA GRAFE** vom Team Tändler-Walenta und **DIETER KUNADT**, Ortsvorsitzender der LINKEN in Leisnig (jeweils von links).

Von **HANS WEISKE**

Von **REBECCA LANGE**

Ich war am 20. und 27. Januar vor Ort am früheren Pflegeheim in Kriebethal, wo bald unbegleitete minderjährige Jugendliche einziehen sollten. Durch kluge Anmelde-Politik von Marika Tändler-Walenta war es an beiden Abenden gelungen, die fiesen Typen von der AfD und den „Freien Sachsen“ vom Objekt ihrer Begierde fernzuhalten. Zu gern hätten sie direkt vor der künftigen Unterkunft der minderjährigen Flüchtlinge Rabatz gemacht. So standen wir – gut geschützt von der Polizei, Friedenslieder in den Händen haltend und Friedenslieder singend – direkt am Eingang des früheren Pflegeheimes. Besonders erfreulich für mich, dass unter den Demonstranten viele junge Leute waren. Ein kleiner Wermutstropfen bleibt dennoch: An beiden Abenden waren die fahnschwenkenden AfD'ler und selbsternannten „Freien Sachsen“ deutlich mehr als wir. Sie kamen an beiden Tagen auf dem Parkplatz vor der Kriebethaler Rollsportbahn zur Kundgebung zusammen und wollten anschließend zur künftigen Unterkunft der jugendlichen Flüchtlinge ziehen. Aber dort standen wir und sie mussten wohl oder übel in wenigstens 50 Meter Entfernung ihren Hass herausbrüllen. Erfreulich auch, dass mit Marco Böhme und Luise Neuhaus-Wartenberg von den LINKEN sowie Hanka Kliese von der SPD Landtagsabgeordnete den Protest vor Ort unterstützten.

Am Freitag, dem 10.02.2023, fand erneut eine Kundgebung der Freien Sachsen mit ca. 50 Personen statt, welcher wir als LINKE mit dem Thema: „Herz statt Hetze“ entgegenstanden. Außer den bekannten rassistischen Stereotypen und Vorurteilen wurde jedoch nichts gesagt, was nicht schon jeder kennt. Um eine Kundgebung der „Freien Sachsen“ direkt vor dem Heim zu verhindern, meldeten wir einen stummen Protest auf diesem Straßenteil an und dienten als eine Art Schutzraum zwischen dem Heim und den sogenannten Protestierenden der „Freien Sachsen“. Mit circa 30 Leuten waren wir doch eine beachtliche Anzahl an Gegenstimmen. Es zeigte sich am Freitag wieder einmal in besonderem Maße, wie wichtig es ist, den „Freien Sachsen“ dort entgegenzustehen, allem voran auch deshalb, um den umAs zu zeigen, dass es auch viele Menschen gibt, die sie hier freundlich willkommen heißen. Vermutlich werden die rechten Aufmärsche in Kriebethal noch weitergehen. Wir Genossinnen und Genossen sind mit einigen Bürger*innen der einzige Schutzschild zwischen den geflüchteten Kindern und den hassschürenden Demonstrant*innen. Darum möchten wir nochmal gezielt aufrufen, sich vorerst die Freitagabende freizuhalten. Kriebethal braucht dringend unsere Solidarität. „Kinderschreckdemos“ – anders kann man die Aufmärsche von AfD und Freien Sachsen in Kriebethal nicht bezeichnen – dürfen nicht salonfähig werden.

von **HANS WEISKE**

Den Auftakt des Kreisparteitages gab die Eröffnungsrede der Kreisvorsitzenden **MARIKA TÄNDLER-WALENTA**. Mit diesem Kreisparteitag würde die langfristige Vorbereitung vor allem auf die Kommunalwahlen im kommenden Jahr begonnen. Die Themenschwerpunkte des Kreisverbandes für das Jahr 2023 hatte sie bereits in den LinksWorten vom Oktober des vergangenen Jahres in Auswertung der Regionalkonferenzen vom Sommer formuliert.



1. Bildung eines Teams „Wahlen im Kreisverband“: Diese Gruppe wird sich mit vier wesentlichen Fragen beschäftigen:

- Kandidatenfindung - Wer kandidiert erneut und wie kommen wir zu Kandidierenden und mit welchen Themen?
- Wahlprogramm - welche Akteure sprechen wir an und welche Interessen wollen wir vertreten?
- Wahlwerbung - wie erreichen wir die Menschen für unsere politische Arbeit?
- Wie gelingt uns eine schnellere

Reaktion auf tagesaktuelle Themen?

- Gründung einer AG zur Stärkung der Jugendarbeit im Kreisverband
- In welcher Form können wir das Aktivierungsprogramm des Kreisverbandes fortsetzen und dabei gezielt Menschen ab 30 Jahren ansprechen?
- Erstellung einer Wahlkampfstrategie und eines Fahrplans für das Superwahljahr 2024.



Blick in den Versammlungssaal im Hotel „Schwarzes Ross“ in Siebenlehn. 69 Genossinnen und Genossen sowie sechs Gäste nahmen an der Beratung teil.



Anschließend standen eigentlich Grußworte von **ALEXANDER THEILE** aus dem Kreisverband Bautzen auf der Tagesordnung. Zur Einordnung: Alexander Theile hatte im Landkreis Bautzen für das Amt des Landrates kandidiert. Einige Parallelen zum Landkreis Mittelsachsen sind offensichtlich. Auch Alexander Theile war - wie Dirk Neubauer - parteilos. Allerdings trat er - nicht wie Dirk Neubauer als Einzelbewerber - als

Alexander Theile war in Siebenlehn mit einer kurzen Video-Botschaft zugeschaltet.

gemeinsamer Kandidat von SPD, DIE LINKE und Grünen an. Allerdings musste er mit 23,9 Prozent der Stimmen den Bewerbern der CDU und der AfD den Vortritt lassen. Alexander Theile war leider verhindert und grüßte mit einer kurzen Video-Botschaft die Mitgliederversammlung. An seine Stelle ergriff - auch in einer Video-Schalt - der Bautzener Kreisvorsitzende Silvio Lang das Wort. Er konnte erfreut mitteilen, dass Alexander Theile in unsere Partei eingetreten ist und ihm auf der Kreismitgliederversammlung am 7. Januar seine Mitgliederkarte überreicht wurde. Auf dieser Versammlung der Genossinnen und Genossen des Kreisverbandes Bautzen wurde auch ein umfangreiches Konzept zur Kandidatengewinnung für die Kommunalwahlen 2024 diskutiert und beschlossen.

Nächster Tagesordnungspunkt war eine Rede von **RALF HRON**, des Regionalgeschäftsführers Südwestsachsen des DGB. Er argumentierte



sehr überzeugend zu den aktuellen Fragen. An den Beginn seiner Ausführungen stellte er die Forderung „Die Waffen müssen schweigen“. Dann ging er auf die gegenwärtige „Transformationszeit“ ein, die sich auch in Mittelsachsen zeige. Diese habe die Dimension einer „Wende“. Gegenwärtig haben wir es mit keiner Energiekrise, sondern mit einer Energiepreiskrise zu

tun. Ralf Hron hob die gute Zusammenarbeit des DGB mit Landrat Dirk Neubauer hervor.

In der nachfolgenden Diskussion sprachen neben **CARMEN SCHOLTISSEK** aus dem Ortsverband Frankenberg, **DAVID RAUSCH** aus dem Ortsverband



Rochlitz-Geringswalde, Torsten Bachmann, Vorsitzender des Ortsverbandes Mittweida und **JÖRG HOMMEL** aus dem Ortsverband Frankenberg auch der Landesgeschäftsführer **LARS KLEBA**. Er konzentrierte sich natürlich auf die Vorbereitung des Wahlkampfes im „Superwahljahr“ 2024. Lars Kleba kommt aus Brand-Erbisdorf und ist Mitglied unseres Kreisverbandes. Mehrfach schon leitete er den kreislichen Wahlstab. Zu den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2019 stellten sich im Landkreis insgesamt 124 Kandidierende für DIE LINKE zur Wahl. Das sollte - so Lars Kleba - auch das Mindestziel für das Jahr 2024 sein.

Danach fanden die Wahlen statt. Alle zehn Delegierten zu den Landesparteitagen in diesem und dem folgenden Jahr, die beiden Vertreter unseres Kreisverbandes im Landesrat, dem Kontrollgremium des Landesverbandes, und die vier Delegierten zur Bundesvertreter*innen-Versammlung der LINKEN zur Listenaufstellung für die Europawahl im kommenden Jahr wurden mit großer Mehrheit bestätigt.

Delegierte unseres Kreisverbandes zu den Landesparteitagen in diesem und dem kommenden Jahr sind:

- LAURA KUNZE** (Ortsverband Brand-Erbisdorf)
- SIEGLINDE MOSCHKE** (Ortsverband Döbeln)
- ANGELIKA SCHUBERT** (Ortsverband Brand-Erbisdorf)
- MARIKA TÄNDLER-WALENTA** (Kreisvorsitzende)
- RAMONA WEBER** (Ortsverband Frankenberg)
- TORSTEN BACHMANN** (Ortsverband Mittweida)
- STEFAN HARTMANN** (Landesvorsitzender)
- MARVIN JAMALE** (Mitarbeiter im Team Tändler-Walenta)
- LARS KLEBA** (Landesgeschäftsführer)
- TOBIAS KRAUSE** (Ortsverband Frankenberg)

linken am 11. februar 2023 in siebenlehn

Als Vertreter des Kreisverbandes im Landesrat wurden **SIEGLINDE MOSCHKE** und **DIETER ERLER** (Ortsverband Rochlitz-Geringswalde) gewählt.

Zur Bundesvertreter*innen-Versammlung der LINKEN wird unser Kreisverband von **ANGELIKA SCHUBERT**, **SIEGLINDE MOSCHKE**, **TOBIAS KRAUSE** und **ARNDT SCHARFENSTEIN** (Ortsverband Brand-Erbisdorf) vertreten.

Den Reigen der Gastbeiträge setzte der stellvertretende Landesvorsitzende **TIM DETZNER** fort. Eigentlich wollte der Landesvorsitzende Stefan Hartmann - der übrigens seit dem vergangenen Jahr ebenfalls Mitglied unseres

Kreisverbandes ist - sprechen, war aber aus dringendem Grund verhindert. Er ist gleichzeitig der Vorsitzende des Chemnitzer Stadtverbandes der LINKEN. Tim Detzner stellte die Vorbereitung der Wahlen im kommenden Jahr in den Mittelpunkt seiner Ausführungen. Im Landesverband werde durch eine Arbeitsgruppe

unter Leitung der beiden stellvertretenden Landesvorsitzenden und mit Unterstützung der Landesgeschäftsstelle bis Mitte Juni eine Wahlstrategie für 2024 erarbeitet.

Danach sprach der Vorsitzende der Kreistagsfraktion **GOTTFRIED JUBELT**. Er machte, wie zuvor bereits Torsten Bachmann in der Diskussion, die schwierige Situation im Kreistag deutlich. Die CDU mit ihrer 28-köpfigen

„Bürgermeisterfraktion“ (die übergroße Mehrheit der Fraktion besteht aus Bürgermeistern und Bürgermeistern a.D.) verfügt über mehr Kreisträte, als LINKE (11), SPD (9) und Grüne (5) zusammen. Am rechten Rand schwimmt die AfD mit 22 Sitzen. Es sei also fast ausgeschlossen, linke Positionen im Kreistag durchzusetzen. Dennoch

habe die Linksfraktion konstruktive Anträge an den Kreistag auf den Weg gebracht. Zum Dezember-Kreistag wurde z.B. ein Antrag zur Wasserabgabe bei der Trinkwasserversorgung bei nur einer Gegenstimme und neun Enthaltungen angenommen. Gottfried Jubelt informiert in den LinksWorten regelmäßig über die Arbeit der Fraktion.

Anschließend wurde die vom Kreisvorstand bestätigte Vertrauensperson vorgestellt. Diese Aufgabe nimmt künftig **TOBIAS KRAUSE** wahr.

Mit der Vorstellung der Vertrauensperson war das vorgesehene zeitliche Ende des Parteitages um 13:30 Uhr erreicht, auf der Tagesordnung stand aber noch der Punkt „Debatte“. Und hier zeigte sich, dass sich viele Genossinnen und Genossen auf dem Parteitag eine umfassende Debatte zu aktuellen Themen und zum Zustand der Partei gewünscht hätten. So kam es doch noch zu einer kurzen heftigen Debatte zur Haltung zum Ukraine-Krieg und seinen Ursachen. Außerdem wurde eine Spendensammlung für die Erdbebenopfer in der Türkei und Syrien vorgeschlagen und mit einem Ergebnis von 175 Euro durchgeführt.



Ehrungen auf dem Parteitag

Oberes Bild: Dank an den Ortsvorsitzenden des Ortsverbandes Freiberg, **ACHIM GRUNKE**. Er war lange Zeit Vorsitzender des Kreisverbandes Freiberg und danach erster Vorsitzender des neuen mittelsächsischen Kreisverbandes. Jahrelang leitete er das kommunalpolitische Forum Sachsen. Unübertroffen ist seine Fähigkeit, die Ziele des Kreisverbandes in programmatischen Punkten zusammenzufassen.

Unteres Bild: Ehrung des 96-jährigen Genossen **HEINZ KLEINSTÜCK** aus Flöha. Auf Vorschlag des Vorstandes des Ortsverbandes dankt die Kreisvorsitzende Marika Tändler-Walenta dem Jubilar, der vor 75 Jahren Mitglied unserer Partei wurde. Noch immer nimmt Heinz Kleinstück aktiv am Parteileben teil. Rechts im Bild der Vorsitzende des Ortsverbandes Flöha, **HANS-JÜRGEN KÜHN**.

Das organisatorische Herz des Parteitages: **ROBERT WÜNSCHE**, in der Landesgeschäftsstelle u.a. für die Unterstützung der Kreisverbände zuständig. Durch ihn sind unsere Kreisparteitage im digitalen Zeitalter angekommen. Akribisch bereitet er vieles vor, was zu einer modernen Veranstaltung gehört - Videoeinspiele, Einblendung wichtiger Hinweise zur Tagesordnung vom Computer aus und vieles andere. In der Nachbereitung stellte er uns Bilder und einen kompletten Video-mittschnitt zur Verfügung.



Das neue Jahr begann für unsere Fraktion mit einer - wie ich finde - angenehmen Überraschung. Am Donnerstag, dem 19. Januar, bekamen wir Besuch vom Chef der Finanzen im Landratsamt, Dr. Christoph Trumpp. Dazu hatte sich auch noch der Landrat Dirk Neubauer angekündigt. Anlass für den Besuch war die Erläuterung des aktuellen Entwurfs für den Doppelhaushalt 2023/24. Dafür hatte Dr. Trumpp eine Reihe von Folien vorbereitet, auf denen die wichtigsten Zahlen für die kommenden beiden Jahre standen. Da das Ganze nach Bereichen und Schwerpunkten gegliedert war, konnten wir den Erläuterungen sehr gut folgen. Der Landrat hat zu bestimmten Schwerpunkten noch Hintergrundinformationen beige-steuert, die nicht für die Öffentlichkeit bestimmt sind. Eins aber kann ich an dieser Stelle verraten: Aktuell bleibt das Landratsamt bei der Höhe der Kreisumlage unter der Forderung der Landesdirektion. Landrat Neubauer dazu: „Was nützt ein höherer Umlagesatz, wenn in der Folge ein Dutzend Kommunen vor der Pleite stehen.“

Bisher haben wir uns als Fraktion immer gegen die vorgelegten Haushaltsentwürfe entschieden und unsere Haltung auch mit Fakten untersetzt. Wir werden uns in unserer öffentlichen Fraktionssitzung beraten, wie wir uns in der auch für die Verwaltung äußerst komplizierten und angespannten Situation entscheiden werden. Die Fraktionssitzung findet am 1. März um 17 Uhr in unserem Büro in Flöha statt.

Zum Abschluss konnten wir noch die Gelegenheit nutzen, mit dem Landrat zu für uns wichtigen Fragen zu debattieren. Von Interesse war dabei vor allem sein persönlicher Standpunkt zu einzelnen Problemen, mit denen er auch nicht hinter dem Berg gehalten hat. Ich habe mich im Namen der Fraktion bedankt und erklärt, dass eine solche Runde, die in allen im Kreistag vertretenen Fraktionen stattfindet, künftig jährlich stattfinden sollte.

In Vorbereitung der nächsten Sitzung des Kreistages am 8. März tagte am 8. Februar der Ausschuss Umwelt/Technik. Die Sitzung wurde vom 1. Beigeordneten Dr. Lothar Beier geleitet, da der Landrat verhindert war. Im öffentlichen Teil ging es zunächst um eine Eilentscheidung des Landrates zur Bewilligung überplanmäßiger Ausgaben für die Ersatzbeschaffung eines Rettungswagens. Die war notwendig geworden, da Ende November auf der Bundesstraße B 72 ein Rettungswagen infolge des Aufpralls eines bereits brennenden Fahrzeuges in Brand geriet und dabei inklusive der medizinischen Geräte einen Totalschaden erlitt. Derzeit sind Gutachter und Versicherungen mit der Klärung zur weiteren Schadensregulierung beauftragt. Die Ersatzbeschaffung kostet den Kreis ca. 258.000 Euro.

Es folgte eine weitere Informationsvorlage über die Vergabe von Bauleistungen an Kreisstraßen im Zeitraum April bis Dezember 2022. Das interessante dabei war für mich, dass für die Fahrbahnerneuerung zwischen Seifersdorf und Neuseifersdorf acht Firmen Angebote unterbreitet haben und die höchste Angebotssumme 162 Prozent über der Summe lag, für die der Zuschlag erteilt wurde. Bei den Angeboten für die Fahrbahnerneuerung in Erlebach war es ähnlich. Hier lag die höchste Angebotssumme 152 Prozent über der Vergabesumme.

Da die beiden genannten Vorlagen die Überschrift „Informationen des Landrates“ trugen, war auch keine Abstimmung erforderlich.

Der zweite Teil der Sitzung mit der Vorberatung der weiter bearbeiteten Haushaltssatzung und den aktualisierten Folien von Dr. Trumpp war natürlich weitaus interessanter, aber der war leider nichtöffentlich.

Ich erwarte einen spannenden Kreistag am 8. März. Ich werde in der Märzausgabe der „LinksWorte“ an dieser Stelle darüber berichten.



Endlich ist es der Linksfraktion im Kreistag gelungen, für ihr wichtigstes Anliegen auch öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen. Am 10. Februar erschien in der „freien presse“ der nebenstehende Artikel von Grit Baldauf. Im Mittelpunkt steht die Forderung, „nach dem Beispiel anderer südwestsächsischer Kreistage und dem Stadtrat in Chemnitz auch im mittelsächsischen Kreistag endlich einen Ausschuss für Soziales zu schaffen. Hier gibt es bisher nur den Jugendhilfe-ausschuss, den Ausschuss für Umwelt und Technik sowie den Verwaltungs- und Finanzausschuss. In dem Artikel benennt Kreisrat Torsten Bachmann Beispiele für Themen, die im Sozialausschuss zur Sprache gebracht werden könnten; „Sozialplanung, Unterstützung von Vereinen und Verbänden, Förderung der Kulturlandschaft.“ Dazu zählen seinen Worten nach aber auch kreiseigene Einrichtungen wie Musik- und Volkshochschule. Bislang seien soziale Themen im Kreistag unterrepräsentiert.

Das Interesse der Mittelsachsen an der Arbeit des Kreistages sei bislang gering, so Torsten Bachmann weiter. Ein neuer Sozial-Ausschuss könnte auch vor Ort beraten und sich die Situation, etwa in Tafeln, Kultureinrichtungen oder in der Pflege ansehen, um ein besseres Bild von der Situation zu erhalten. Dies würde auch die Präsenz des Kreistages erhöhen.

aktuelle information aus dem landratsamt

sächsisches wahlgesetz vor wichtigen änderungen

Einwohnerfragestunde zur kommenden Kreistagssitzung

Auch in der kommenden Kreistagssitzung am 8. März ist wieder eine Einwohnerfragestunde geplant.

Für diese können schriftliche Fragen über die Internetseite des Landkreises unter www.landkreis-mittelsachsen.de eingereicht werden. Ein Online-Formular unterstützt die Bürger bei der Einreichung ihrer Anfrage. Einzelne Felder helfen bei der Orientierung. Eine Einwohneranfrage können alle Einwohner des Landkreises stellen. Berechtigt sind darüber hinaus auch Vertreter von Bürgerinitiativen sowie Personen, die ein Grundstück oder ein Gewerbe im Landkreis besitzen.

Zu den Anliegen nimmt in der Regel der Landrat oder ein von ihm Beauftragter Stellung. Ist eine sofortige Beantwortung nicht möglich, erhält die fragestellende Person zeitnah nach der Sitzung eine Antwort.

Auch für Einwohneranfragen per E-Mail hat der Landkreis eine neue Anlaufstelle. Unter einwohnerfragestunde@landkreis-mittelsachsen.de können Fragen ebenfalls eingereicht werden. Weiterhin kann man seine Einwohneranfrage auch mündlich in der Kreistagssitzung stellen oder vorab per Post einreichen.

Die sächsische Wahlkreiskommission hat im vergangenen Jahr drei Varianten zum Neuzuschnitt der Wahlkreise für die Landtagswahl im kommenden Jahr vorgelegt.

Variante 1:
Würde diese Variante mit nahezu gleichgroßen Wahlkreisen umgesetzt, ginge dem Vogtlandkreis ein Wahlkreis verloren, während die Stadt Leipzig einen Wahlkreis zusätzlich erhielte.

Variante 2:
Sie sieht anstelle der bisherigen 60 Landtagswahlkreise nur noch 51 vor. Da die Sächsische Verfassung eine Landtagsgröße von 120 Abgeordneten vorsehe, müssten dann ggf. mehr Kandidaten per Liste ins Parlament einziehen.

Variante 3:
Baut auf Variante 1 auf, geht aber darüber hinaus, um dem Modell einen längeren Bestand zu sichern. Danach würden der Vogtlandkreis, der Landkreis Bautzen und der Landkreis Mittelsachsen jeweils einen Wahlkreis verlieren. Stattdessen erhielten die Stadt Leipzig zwei und die Landeshauptstadt Dresden einen Wahlkreis dazu.

Die sächsische Kenia-Koalition hat sich offenbar über den neuen Zuschnitt der Wahlkreise geeinigt. Danach soll die Variante 3 mit einer kleinen Veränderung umgesetzt werden. Einen Wahlkreis verlieren würden danach der Vogtlandkreis und der Landkreis Mittelsachsen, die Landeshauptstadt Dresden und die Stadt Leipzig würden einen Wahlkreis zusätzlich erhalten. Das hätte für unseren Landkreis erhebliche Konsequenzen.

was stand vor 14 jahren im mittelpunkt der arbeit des kreisverbandes der mittelsächsischen linken ?

Im September 2021 haben wir unsere neue Serie unter dem Motto „Was damals geschah“ gestartet. Seitdem rufen wir unseren Leserinnen und Lesern Monat für Monat in Erinnerung, worüber die LinksWorte jeweils vor 14 Jahren berichteten. Zur Erinnerung: Am 1. August 2008 trat in Sachsen eine „Verwaltungs-, Funktional- und Kreisgebietsreform“ in Kraft. Ihr wahrscheinlich bedeutendster Aspekt für die Bevölkerung: Die Bildung von zehn Landkreisen (aus ursprünglich 22) und drei kreisfreien Städten (aus ursprünglich sieben). Einer der zehn neu gebildeten Landkreise: der Landkreis Mittelsachsen, hervorgegangen aus den in der Kreisreform 1994/1996 gebildeten Landkreisen Döbeln, Freiberg und Mittweida. DIE LINKE sah die Reform von Anfang an sehr kritisch und lehnte sie deshalb ab, konnte sich aber - wie zu erwarten war - mit ihrer Auffassung nicht durchsetzen. Im Herbst 2007 wurde auf einer Delegiertenkonferenz in der „Räuberschänke“ Hartha der Vorstand des neuen Regionalverbundes aus den drei Kreisverbänden gewählt. Am 8. Juni 2008 fanden die Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen statt. Heute beschäftigen wir uns mit der Februar-Ausgabe des Jahres 2009 der „LinksWorte“. Sie stand - wie auch die nebensitzende Titelseite verdeutlicht - ganz im Zeichen der Gesamtmitgliederversammlung des Kreisverbandes am 24. Januar in Flöha am Start des Superwahljahres 2009. An der Versammlung nahmen übrigens fast 180 Genossinnen und Genossen teil. Am Nachmittag sprach die damals noch stellvertretende Bundesvorsitzende **KATJA KIPPING**. Gewählt wurden an diesem Tag u.a. der Kandidat der LINKEN für den mittelsächsischen Bundestagswahlkreis. Für die Wahlkreisbewerber



der LINKEN für die fünf mittelsächsischen Wahlkreise war eine „empfehlende Reihenfolgebestimmung“ für die Landesliste vorzunehmen. Dabei mussten die neuen Kandidat*innen für den Bundestags- und die Landtagswahlkreise in ein echtes Vakuum stoßen. Michael Leutert stand als

Kandidat für den Bundestagswahlkreis nicht wieder zur Verfügung und auch die beiden bisherigen Landtagsabgeordneten **ELKE ALTMANN** (Altkreis Freiberg) sowie **HEIKO HILKER** (Altkreis Döbeln) kandidieren nicht wieder. Auf dem Titelbild vom Februar 2009

als Zweiter von rechts verewigt: Der von der Gesamtmitgliederversammlung gewählte Kandidat für den Bundestagswahlkreis, Lothar Schmidt aus Döbeln, der später aus der LINKEN austrat und vor wenigen Monaten verstorben ist. Damals schrieben wir, dass Lothar Schmidt die Teilnehmer der Versammlung verblüffte, als er völlig unerwartet seinen Hut gegen den angesagten Kandidaten Johannes Gyarmati aus Freiberg (inzwischen bei der SPD) in den Ring warf und mit 78 gegen 53 Stimmen gewählt wurde. Entgegen der Empfehlung des Kreisvorstandes entschied die Gesamtmitgliederversammlung, dass die fünf Wahlkreisbewerber (zwei aus den Altkreisen Freiberg und Mittweida, eine*r aus dem Altkreis Döbeln) auf eine Präferenzliste gesetzt werden. In der Reihenfolge wurden als Kandidaten für die Landesliste bestätigt: **JANA PINKA** aus Freiberg auf dem Titelbild (Mitte) mit 41 Stimmen, **GOTTFRIED JUBELT** aus Augustusburg (zweiter von links) mit 32 Stimmen, **PETER EMMRICH** aus Hartha (ganz rechts) mit 29 Stimmen, **SYLKE ZERFELD** aus Frankenberg (dritte von links) mit 21 Stimmen und **HARTMUT JUNGHANNS** (links) aus Claußnitz mit 20 Stimmen. Der erste Platz auf der Präferenzliste bedeutete für Jana Pinka einen relativ sicheren Listenplatz auf der Landesliste zum neuen Landtag. Denn der Landesvorstand hatte angekündigt, die Präferenzen der Kreisverbände für die Aufstellung der Landesliste unbedingt zu berücksichtigen. Im Vorfeld und auch nach der Gesamtmitgliederversammlung gab es erhebliche Beschwerden aus dem Altkreis Döbeln, dass sich die Freiburger mit der Festlegung des Versammlungsortes einen Vorteil bei der Kandidatennominierung verschafft hätten.



Weitere Themen der LinksWorte vom Februar 2009

- Wir druckten einen zweiteiligen Reisebericht unseres Redaktionsmitglieds **MICHAEL MATTHES** „aktuelles von der Freiheitsinsel Cuba“ ab.
- Wir waren im Gespräch mit Jens Stahlmann, dem Fraktionschef der LINKEN im mittelsächsischen Kreistag zur Vorbereitung der Haushaltsdebatte.
- In unserer Serie „mittelsächsische Knüller“ stellten wir im vierten Beitrag die Roßweiner Kamelie vor.
- Wir kündigten die Europäische Friedenskonferenz „Für den Frieden der Welt“ am 14./15. März 2009 in Berlin an.



Mit drei Sonderbussen waren Demokraten aus Döbeln, Freiberg und Mittweida am 14. Februar 2009 nach Dresden gefahren. Wir berichteten unter der Überschrift „Demokraten stemmen sich gegen die braune Brut“. Es war die bis dahin größte Demonstration der Dresdener und ihrer demokratischen Unterstützer gegen die Naziaufmärsche zum Jahrestag der alliierten Bomberangriffe auf Dresden. Aber auch 6.000 Nazis marschierten.

Wir berichteten über die aktuellen „Kommunaltage“ des mittelsächsischen Landrates **VOLKER UHLIG**. Die zweite Station nach Burgstädt war am 3. Februar 2009 Mittweida. Bei der damaligen abendlichen Einwohnerversammlung im Stadtsaal des Rathauses war noch nicht zu erahnen, dass der damalige Bürgermeister **MATTHIAS DAMM** Uhligs Nachfolger werden sollte.

der tag des gedenkens an die opfer des nationalsozialismus 2023

Der Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar ist in Deutschland seit 1996 ein bundesweiter, gesetzlich verankerter Gedenktag. Als Jahrestag bezieht er sich auf den 27. Januar 1945, den Tag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz-Birkenau und der beiden anderen Konzentrationslager in Auschwitz durch die Rote Armee im letzten Jahr des Zweiten Weltkriegs. Der Tag des Gedenkens wurde durch eine Proklamation des Bundespräsidenten Roman Herzog eingeführt. Von den Vereinten Nationen wurde der 27. Januar im Jahr 2005 zum Internationalen Tag des Gedenkens an die Opfer des Holocaust erklärt. Inzwischen dient der Gedenktag auch dazu, um auf aktuelle Tendenzen von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Menschenfeindlichkeit aufmerksam zu machen.



Oberbürgermeister **VOLKER HOLUSCHA** und Ortsverbandsvorsitzender **HANS-JÜRGEN KÜHN** (von links) legen am Ehrenmal in Flöha Blumen nieder.



Von **RUTH KRETZER-BRAUN**

Am 27. Januar waren auf dem Freiburger Sowjetfriedhof die Klasse 10 des Geschwister-Scholl-Gymnasiums Freiberg, einige Freiburger Bürger, auch wir von der LINKEN und der Volksbund der Kriegsgräberfürsorge anwesend. Bürgermeister **HOLGER REUTER** vertrat den Oberbürgermeister und hielt die Rede. In der „Freien Presse“ war in Vorbereitung darüber zu lesen „Holocaust: Jugend stellt sich gegen das Vergessen“. Die erarbeiteten Gedanken und Gedichte wurden von den Schülern vorgetragen. Es war sehr kalt, aber eine gelungene Veranstaltung.



Am Ehrenmal im Neuhausener Ortsteil Dittersbach sprach der Neuhausener Bürgermeister **ANDREAS DRESCHER** (parteilos) zu den Anwesenden.

In Oederan gedachten Bürgermeister **STEFFEN SCHNEIDER** (Freie Wähler) und Genossin **ROSWITHA PLACHE** auf einer gemeinsam mit der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes - Bund der Antifaschisten (VVN BdA) organisierten Veranstaltung der Opfer des Nationalsozialismus.

Gedenkworte von Oberbürgermeister Volker Holuscha

Wir gedenken heute, anlässlich des 78. Jahrestages der Befreiung des Konzentrationslager Auschwitz-Birkenau, allen Opfern dieser Menschheitsverbrechen, der deutschen Nazidiktatur.

Die Zeit ist geprägt vom Krieg in Europa, zunehmenden Fremdenhass, Rassismus und Ausgrenzung Andersdenkender und fühlender Menschen. Der heutige Gedenktag soll nicht nur an die schreckliche Zeit der Naziherrschaft erinnern und deren Millionen Opfer gedenken. Er muss uns auch immer wieder mahnen, dass Intoleranz und Hass auch heute noch ein gefährlicher Nährboden für eine Gesellschaft sind, die mit wachsenden Konflikten und Umwälzungen konfrontiert sind.

Wir dürfen nicht gefahrlaufen, ob der komplexer werdenden Welt mit all ihren ungelösten Problemen, wieder auf einen Irrweg zu geraten.

- Lassen wir nicht zu, dass die faschistischen Verbrechen verharmlost oder vergessen werden!
- Lassen wir keine Form von menschenverachtenden Ideologien in unserer Gesellschaft zu!
- Lassen wir nicht zu, dass der Ukrainekrieg nicht zur Ächtung des gesamten russischen Volkes abgeleitet. Viele Menschen in diesem Land werden so von Putin und der Völkergemeinschaft in Geiselnhaft genommen.
- Lassen wir nicht zu, dass mit immer schwereren Waffenlieferungen eine friedliche Lösung im Ukrainekrieg in weite Ferne rückt.

Das größte und seit Menschengedenken längste Friedensprojekt, die europäische Staatengemeinschaft, läuft Gefahr zu zerbrechen.

Daher sind wir alle, egal welcher politischen Gesinnung und Religion, aufgefordert: Stellen wir uns gegen jede Form von Hass, Gewalt und Ausgrenzung.

DIE LINKE Mittelsachsen schreibt wieder ihren „Alternativen Frauenpreis“ aus

Schon seit 2019 schreibt DIE LINKE Mittelsachsen ihren „Alternativen Frauentagspreis“ aus. Initiiert wurde dies von Marika Tändler-Walenta, der Kreisvorsitzenden der LINKEN Mittelsachsen. Mit dem Preis werden Frauen aus Mittelsachsen gewürdigt, die sich sowohl haupt- als auch ehrenamtlich für die Belange unserer Gesellschaft einsetzen. Auch in diesem Jahr, das fünfte Mal in Folge, schreibt der Kreisverband DIE LINKE Mittelsachsen seinen „Alternativen Frauenpreis“ aus, Vorschläge für den diesjährigen Frauenpreis können sowohl per Post als auch per E-Mail abgegeben werden.

Marika Tändler-Walenta, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende DIE LINKE Mittelsachsen: „In Deutschland leben rund 42 Millionen Frauen, die leider nach wie vor oft benachteiligt werden. Dies zeigt sich nicht nur in der Arbeitswelt. Besonders die Coronapandemie hat diese Ungleichheit noch zusätzlich verschärft. Während

der Pandemie haben proportional mehr Frauen ihre Arbeit verloren als Männer. Zudem ist die Fürsorge-Arbeit, wie beispielsweise die Betreuung von Kindern, als Kindergärten und Schulen geschlossen waren, noch immer mehrheitlich Frauenaufgabe. Vor der Pandemie hat, laut WEF (Weltwirtschaftsforum), die unbezahlte Arbeit bei Männern einen Anteil von 19 Prozent der gesamten Arbeitszeit ausgemacht, bei Frauen hingegen einen Anteil von 55 Prozent. Für uns als DIE LINKE Mittelsachsen ist es daher ein großes Anliegen, eine Frau, stellvertretend für alle Frauen in Mittelsachsen, mit unserem Preis auszuzeichnen. Ich freue mich über zahlreiche Vorschläge und bitte um eine kurze Erläuterung, warum die vorgeschlagene Person den Frauentagspreis erhalten sollte. Ich bin schon jetzt gespannt darauf, wem ich in diesem Jahr unseren ‚Alternativen Frauenpreis‘ überreichen darf.“

per Post: Bürgerbüro DIE LINKE, Bahnhofstrasse 1a, 04720 Döbeln
per Mail: kati.voigt@dielinke-mittelsachsen.de

**gerechtigkeitsfonds statt härtefallfonds!
eine lösung für alle statt almosen für wenige.**



Von **SÖREN PELLMANN**
Mitglied des Bundestages

Die Bundesregierung hat einen Härtefallfonds u.a. für ostdeutsche Rentnerinnen und Rentner, deren Ansprüche bei der Rentenüberleitung nicht berücksichtigt wurden, auf den Weg gebracht. Es geht um eine einmalige Entschädigungszahlung in

Höhe von 2500 Euro. Das Antragsverfahren ist eröffnet. Die Antragsformulare sind online auf der Internetseite der Deutschen Rentenversicherung verfügbar. Sie können per Post oder per E-Mail verschickt werden (an die Geschäftsstelle der Stiftung des Härtefallfonds in 44781 Bochum oder an: gst@stiftung-haertefallfonds.de).

Auch wenn der Härtefallfonds nicht ansatzweise ausreicht, kann ich nur allen Betroffenen raten, bis spätestens Ende September 2023 einen Antrag zu stellen. Wir als Fraktion DIE LINKE werden im Bundestag während der Antragsphase weiterhin Druck machen, dass der Fonds deutlich verbessert wird. Klar ist, wir werden jede Absage, jeden Negativbescheid skandalisieren. Wenn viele Menschen Anträge stellen, erhöht auch dies den Druck auf die Bundesregierung, mehr Mittel für möglichst alle Betroffenen zur Verfügung zu stellen.

DIE LINKE kämpft im Bundestag für einen Gerechtigkeitsfonds. Es geht um rund 500.000 Rentnerinnen und Rentner, die z.B. bei der Post, bei der Reichsbahn der DDR oder im Gesundheitswesen beschäftigt waren. Diese Menschen haben ihr Leben lang hart gearbeitet und Beiträge gezahlt. Sie haben sich Rentenansprüche erarbeitet, die ihnen alle Bundesregierungen der letzten 30 Jahre aberkannt haben. Der „Runde Tisch Rentengerechtigkeit“ hat kürzlich vorgerechnet, dass ostdeutschen Rentnerinnen und Rentnern seit 1991 Rentenansprüche in Höhe von 40 Milliarden Euro vorenthalten wurden. Die Ungerechtigkeiten bei der Rentenüberleitung gehören zu den schwerwiegendsten Fehlern der Deutschen Einheit. Der Härtefallfonds korrigiert diese Fehler nicht, sondern er ist eine neue Demütigung für hunderttausende Rentnerinnen und Rentner im Osten, die keinen Cent erhalten werden.

Das Bundesarbeitsministerium hat auf meine parlamentarische Anfrage geantwortet, dass rund 90 Prozent der Betroffenen beim Härtefallfonds leer ausgehen werden. Das Problem ist, dass nur Menschen, die arm sind, die in „der Nähe der Grundsicherung“ leben, Gelder erhalten sollen. Und das kann nicht sein! Diese harten Kriterien müssen korrigiert werden. Ansonsten wird die Stiftung hunderttausende Negativbescheide verschicken müssen. Damit würde der Fonds zur Enttäuschungsmaschine für den Osten verkommen.

Der Bund schiebt die Verantwortung den Ländern zu. Das ist inakzeptabel! Grundsätzlich ist der Bund in der Pflicht, den Härtefallfonds deutlich nachzubessern und die Finanzierung zu übernehmen. Die ostdeutschen Länder zahlen pro Jahr bereits knapp drei Milliarden Euro für Rentenleistungen aus DDR-Zeiten, die eigentlich der Bund tragen müsste. Dieses Geld fehlt im Osten tagtäglich in Schulen, Krankenhäusern und Schwimmhallen.

Wir brauchen eine politische Lösung für alle Betroffenen. Wessen Ansprüche bei der Rentenüberleitung übergangen wurden, muss entschädigt werden. Wie die Betroffenenorganisationen fordern wir eine fünfstellige Entschädigungszahlung. Wir machen auch einen konkreten Vorschlag zur Gegenfinanzierung. Bisher gibt die Bundesregierung nur 500 Millionen Euro für den Härtefallfonds. Gleichzeitig steckt die Ampel jährlich zehn Milliarden Euro in die Aktienrente – das Prestigeprojekt der FDP. Die gesetzliche Rente gehört aber nicht auf das Börsenparkett! Wir fordern die Bundesregierung auf, die Aktienrente zu stoppen und Teile des Geldes für die Anerkennung der Lebensleistung ostdeutscher Rentnerinnen und Rentner einzusetzen! Wir bleiben dran und fordern die Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West ein – jetzt!



nachruf auf einen guten freund von **LARS KLEBA**

Lieber Mirko,

es ist Mitte der 1990er Jahre, als wir beide jeden Freitagabend im Keller auf Schlitten sitzen und Bier trinken. Dabei kommen uns die wildesten Gedanken und Ideen, die wir immer umsetzen. Wir hatten keine Bedenken, ob uns jemand blöd anmacht, auslacht oder sonst etwas. Wir waren die Hauptfiguren bei so mancher Party – und du der treibende Motor. Also war es auch nicht verwunderlich, dass wir mit dir als Partyrakete gleich zwei Jahre in Folge den Hauptpreis beim Fasching abräumten. Und auch nicht, dass wir mit deinem roten R19 im Sommer mit Weihnachtsmannkostüm durch die Stadt zur selbst organisierten Weihnachtsfeier führen.

Jeden Freitag, Sonnabend und Sonntag gehörten wir zum festen Publikum im Langenauer Stern. Du auf der Tanzfläche, ich auf deinen Schultern. Und hinterher hast du mich mehr als einmal nach Haus getragen. Später galt unsere Freizeit den Jugendklubs der Stadt. Nicht nur den Roten Rüben, denen aber ganz besonders. Denn hier waren wir beide im Vorstand tätig, du als mein stellvertretender Vorsitzender. Es war eine Zeit der Auseinandersetzungen und Kämpfe um Räume, der ersten Demonstrationen im kleinen beschaulichen Brand-Erbisdorf und der Momente, wo wir erste Erfolge hatten. Erfolge für eine langfristige Jugendarbeit in der Stadt. Die lag dir besonders am Herzen – genauso wie der Sport.

Als du 22 Jahre alt warst, kandidierten wir gemeinsam für den Stadtrat. Du als Parteiloser auf den Listen der PDS, später die LINKE. Parteilos, das war dir immer wichtig. Und du bleibst es auch bis zum Schluss. Dein Motto war „Politik aus dem Bauch heraus kann auch Erfolg bringen“. Du warst der jüngste Stadtrat zu dieser Zeit und meines Wissens in fast jedem Ausschuss aktiv. Es dauerte nicht lange und unsere Fraktion wählte dich zum Vorsitzenden. In unserer gemeinsamen Stadtratszeit standen wir an der Seite der Schwächeren und regten immer und immer wieder zum Einmischen an. Du hast es geschafft, dass sich alle Vereine der Stadt an einem Tisch zusammensetzten, um gemeinsam über Förderung und Nutzung von Räumen zu beraten. Unsere Fraktion kämpfte mit den Einwohnern von Langenau für den Erhalt des dortigen Kita-Standortes, später für die Erweiterungen der Schulen im Stadtkern. Dabei warst du auch ständig im Ort unterwegs. Präsenz auf den vielen städtischen Veranstaltungen war dir wichtig, um für jedermann ein Ansprechpartner zu sein.

Und neben all deinen ehrenamtlichen politischen Wegen übernahmst du das erste Haus am Platz: Der Brander Hof war seit 2003 unmittelbar mit deinem Namen verbunden. Du hast für dieses Haus gebrannt und dich verausgabt, weil du stets das Bestmögliche für alle wolltest. Man traf dich eher selten in deiner geliebten Küche, dafür warst du ein herzlicher Gastgeber von der Tasse Kaffee bis hin zum Getränkestand und Catering auf dem Stadtfest, das du mittlerweile gemeinsam mit dem Stadtverein organisiertest. Ein weiteres Ehrenamt – und für ein paar Jahre eine Herzenssache für dich.

Doch ganz nebenbei entdeckst du eine ganz andere, größere Bühne. Seit 2002 warst du das offizielle Elton-Double. Auch hier hattest du keine Bedenken, dass es nicht gelingen könnte. Du warst wie so oft ein Optimist. Hast fest an die Sache und an dich geglaubt, bist nach Köln gefahren und hast abgeräumt. 2010 kam dann dein großer Auftritt bei und mit Stefan Raab.

Wenn doch mal etwas nicht nach Plan lief, bist du neue Wege gegangen. Hier war dein Motto: „Nicht lange überlegen, sondern ausprobieren.“ Also Dinge anpacken und nicht lang drüber schnacken. So hast du die Küche und alles, was damit zusammenhängt, weit hinter dir gelassen und noch mal einen neuen Beruf gelernt: Werkstoffprüfer in der Firma Vacutherm im Industriegebiet Nord. Wir trafen uns jetzt mittlerweile nicht mehr auf Schlitten im Keller. Die Ortsangabe in deinen Nachrichten auf dem Handy lautet meist „FIS“, was für den Dönerladen an der Zuger Straße stand. Hier war immer mal Zeit zum Quatschen und Ideen schmieden. So verabredeten wir uns immer dort für unser nächstes Abenteuer. 2016 radelten wir gemeinsam den erzgebirgischen Stoneman.

In den folgenden Jahren verloren wir beide Freunde und unsere Väter. Du sagtest zu mir: „Das Leben ist so. Kommen und gehen. Mal früher mal später. Ja, so ist das und trotzdem traurig!“

Am 31. Januar 2023 wolltest du dein Stadtratsmandat in Brand-Erbisdorf nach fast 23 Jahren im Amt abgeben. Um neue Wege zu gehen und Prioritäten anders zu setzen. Wir hätten es dir so sehr gegönnt und gewünscht. Aber, für uns alle immer noch unfassbar, kam es anders. Am 28. Januar bist du auf dem Weg zur Grünen Woche plötzlich verstorben.

Lieber Mirko, du warst so ein dufter Typ, stadtbekannt wie ein bunter Hund und in vielen Dingen unersetzbar. Man schreibt das so dahin: unersetzbar. Aber so ist es – und das sage ich in tiefer Trauer und Verbundenheit mit dir.

Anmerkung der Redaktion: Siehe zum Ableben von Mirko Thiele auch Seite -12-.

über geopolitik im 21. jahrhundert

von ACHIM GRUNKE

Die Geopolitik sei zurückgekehrt im 21. Jahrhundert, heißt es allenthalben. „Mehr als dreißig Jahre nach dem Ende der Sowjetunion ist die Welt in Aufruhr. Die Hoffnung, dass die Großmächte zu einem friedlichen Miteinander finden, hat sich zerschlagen. Statt abzurüsten und gemeinsam die Probleme der Welt anzugehen, ringen die USA, Russland und China unverhohlen um Macht und Einfluss.“ [www.planet-wissen.de/gesellschaft/politik/geopolitik/index.html]

Wesen der Geopolitik

Primär diene Geopolitik dem Ziel von Staaten zu versuchen, Interessen und Bedürfnisse, die sie auf ihrem eigenen Territorium nicht befriedigen können, außerhalb ihres Territoriums durchzusetzen. Das könne der Fall sein, wenn ein Staat nicht genügend Rohstoffe hat, wenn ihm zukunftsweisende Technologien fehlen oder wenn die Böden nicht reichen, um genügend Nahrungsmittel für die Bevölkerung anzubauen. Umgekehrt können Staaten auch Rohstoffe und Produkte übrig haben und Absatzmärkte suchen.

Nicht von ungefähr wird daher der Begriff Geopolitik in den Medien wie in weiten Teilen der Politikwissenschaft als Synonym für gewalttrüchtige und skrupellose Machtpolitik verwendet. Schließlich war es der deutsche Geograph Karl Haushofer (1869-1946), der mit seiner „Lehre von der Erdgebundenheit der politischen Vorgänge“ die Vorlage für Hitlers „Volk ohne Raum“ - These lieferte, die als ideologische Grundlage für die Planung der Eroberungskriege Nazideutschlands, insbesondere für die „Ausdehnung gen Osten“ diente.

Zwar verstanden amerikanische und britische Wissenschaftler unter Geopolitik ursprünglich nur eine Analyse politischer (und wirtschaftlicher) Phänomene, die sich auf geographische Kausalfaktoren konzentriert, aber eine negative Konnotation des Begriffes Geopolitik blieb bestehen wegen seiner Verwendung in nationalkonservativen Kreisen der Weimarer Republik und durch die Nationalsozialisten sowie seiner Prägung in den Vereinigten Staaten durch Henry Kissinger (geb. 1923) und Zbigniew Brzezinski (1928-2017). [Vgl. Sören Scholvin: Geopolitik in den internationalen Beziehungen, in: GIGA-Focus, Nr. 9/2014]

Vorherrschaft der USA

Der US-amerikanische Politikwissenschaftler Brzezinski, einst Sicherheitsberater von Präsident Carter und Berater von Präsident Obama, hat in seinem 1997 in den USA erschienenen, als Hauptwerk bekannt gewordenem und häufig zitiertem Buch „Die einzige Weltmacht. Amerikas Strategie der Vorherrschaft“ [in Deutschland im Fischer Taschenbuchverlag 1999] einen Abriss der geopolitischen Zielsetzungen der USA für einen Zeitraum von 30 Jahren vorgenommen.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion, ihres vormaligen Rivalen, seien die Vereinigten Staaten „in eine außergewöhnliche Lage“ versetzt worden: „Sie wurden gleichzeitig die erste und die einzig wirkliche Weltmacht.“ [a.a.O., S. 26] Jetzt käme es darauf an, „die beherrschende Stellung Amerikas für noch mindestens eine Generation und vorzugsweise länger zu bewahren und einen geopolitischen Rahmen zu schaffen, der... sich zum geopolitischen Zentrum gemeinsamer Verantwortung für eine friedliche Weltherrschaft entwickeln kann.“ [a.a.O., S. 306] Hierbei sei Eurasien (geographisch-geologischer Begriff für Europa und Asien als ein zusammengefasster Kontinent) das „weltweit wichtigste Spielfeld“, „mithin das

Schachbrett, auf dem der Kampf um globale Vorherrschaft auch in Zukunft ausgetragen wird...“, auf dem Amerika irgendwann ein politischer Nebenbuhler um die Weltmacht erwachsen könnte.“ Und die „Ukraine, ein neuer und wichtiger Raum auf dem eurasischen Schachbrett, ist ein geopolitischer Dreh- und Angelpunkt, weil ihre bloße Existenz als unabhängiger Staat zur Umwandlung Rußlands beiträgt. Ohne die Ukraine ist Rußland kein eurasisches Reich mehr.“ [a.a.O., S. 57, 64, 74]

Ziel amerikanischer Außenpolitik müsse sein, „dass kein Staat oder keine Gruppe von Staaten die Fähigkeit erlangt, die Vereinigten Staaten aus Eurasien zu vertreiben oder auch nur deren Schiedsrichterrolle entscheidend zu beeinträchtigen.“ Dies erfordere „ein hohes Maß an Taktieren und Manipulieren, damit keine gegnerische Koalition zustande kommt, die schließlich Amerikas Vorrangstellung in Frage stellen könnte...“ [a.a.O., S. 283] Europa sei dabei „Amerikas unverzichtbarer geopolitischer Brückenkopf auf dem eurasischen Kontinent“ und Sprungbrett für die Osterweiterung von EU und NATO. Die NATO-Osterweiterung werde (aus Brzezinskis Perspektive von 1997) spätestens 1999 mit Polen, der Tschechischen Republik und Ungarn beginnen, später würden die baltischen Republiken, Slowenien, Rumänien, Bulgarien und die Slowakei und zuletzt vielleicht sogar auf die Ukraine ausgedehnt werden.



Immerhin gesteht Brzezinski ein, „waren nicht alle russischen Bedenken gegen die NATO-Erweiterung aus der Luft gegriffen.“ Unter den Demokraten in der Elite Russlands machte sich Enttäuschung breit und sie befürchteten, dass Russland von Europa ausgeschlossen und politisch geächtet bleibe. „Diese Entwicklungen spielten den Nationalisten... ebenso in die Hände wie den Militaristen, die mittlerweile Jelzins wichtigste innenpolitische Stützen geworden waren.“ [a.a.O., S. 149ff]

Henry Kissinger, von 1969 bis 1975 Nationaler Sicherheitsberater und von 1973 bis 1977 Außenminister der USA, meinte zwar auch, dass „auf philosophischer wie geopolitischer Ebene eine angemessene Führungsrolle Amerikas unverzichtbar“ sei. Aber die USA müssten eine Weltordnung auf zwei Ebenen anstreben: „Während sie universelle Prinzipien hochhalten, müssen sie auch die historischen Realitäten anderer Regionen und Kulturen respektieren.“ [Henry Kissinger: Weltordnung, Bertelsmann 2014, S. 424]

Bereits 2008 hieß es, dass der „Kalte Krieg“ um 1990 gar kein Ende gefunden habe, sondern mit den geopolitischen Plänen der USA gleitend ein Übergang in einen neuen kalten Krieg stattgefunden habe: „Der neue Kalte Krieg erweist sich als die Fortsetzung des alten, insofern dieser nie wirklich aufgehört hat. Der Kalte Krieg wurde fortgesetzt, weil die USA nach 1989 nur eines ihrer beiden geopolitischen Ziele erreicht haben. Das erste Ziel war zweifellos der Sieg des Kapitalismus über den Sozialismus. Doch das zweite Ziel - dies wird erst im Zuge der aktuellen Politik der USA deutlich - war die unangefochtene Vormachtstellung der USA in Eurasien, um die Welt in eine post-nationalstaatliche Ordnung unter US-amerikanischer Hegemonie zu überführen.“ [Hauke Ritz: Die Welt als

Schachbrett. Der neue Kalte Krieg des Obama-Beraters Zbigniew Brzezinski, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/2008, S. 65]

Geopolitisches Konfliktfeld Ukraine

Die Ukraine stand aufgrund ihrer geographischen Lage mit den Transitrouten für Gas- und Öllieferungen und dem weiträumigen Zugang zum Schwarzen Meer schon immer im Zentrum geopolitischer Betrachtungen. Sie hätte besser als Brücke und Bindeglied zwischen Russland und der EU fungieren können als bloß eine Figur auf dem Schachbrett machtpolitischer Ziele bei der Neuauftellung der Welt nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion zu sein.

Noch 2009 wurde diese Möglichkeit gesehen: „Als ein großer europäischer Staat ist die Ukraine gerufen, die Rolle eines Friedensfaktors und der Stabilität in Europa zu spielen. Um dieses Ziel zu verwirklichen, muss die Ukraine innenpolitisch stabil sein und eine abgewogene, wissenschaftlich begründete außenpolitische Strategie haben. Nach dem Abschluss des ‚kalten Krieges‘ versucht die Ukraine einerseits Beziehungen mit den Ländern Westeuropas zu entwickeln und andererseits gleichberechtigte Beziehungen der friedlichen Nachbarschaft mit Russland und anderen Ländern des näheren Auslands aufrechtzuerhalten.“ [Natalia Gutsol: Von der Einflusszone zum Kooperationspartner. Ukraine und ihre Beziehungen mit den Vereinigten Staaten, der Europäischen Union und Russland, Nizza, Mai 2009, S. 12f] Doch die Chance, die Ukraine als Brücke zwischen Russland und Westeuropa fungieren zu lassen, wurde nicht genutzt, passte schlicht nicht in die geopolitische Strategie des Westens. Mit dem nach über 21 Verhandlungsrunden im Juli 2012 paraphierten Assoziierungsabkommen zwischen der EU und der Ukraine wurde das Land in eine innere Zerreißprobe gestürzt.

Die Ukraine konnte bisher nach Russland zollfrei exportieren und schon lange drängte Moskau die Ukraine außerdem zum Beitritt in die Zollunion aus Russland, Weißrussland und Kasachstan. Die EU wiederum erklärte, die Ukraine müsse sich entscheiden, entweder Zollunion oder EU-Assoziierung. Russland hingegen befürchtete, dass durch den Assoziierungsvertrag Waren aus der EU über die Ukraine zollfrei nach Russland gelangen könnten. Deshalb verlangte Moskau vor dem Abschluss des Vertrages Verhandlungen mit der Ukraine und der EU, um die Auswirkungen der ukrainischen EU-Assoziierung für Russland abzumildern. Extrem abhängig von den Wirtschaftsbeziehungen zu Russland war der Donbass. Der Vertrag erzwang eine scharfe Kappung unzähliger historischer gewachsener Verbindungen zu Russland. Ein legitimes Interesse Russlands, in einem dreiseitigen Verständigungsprozess auch seinen Interessen eine gewisse Berücksichtigung einzuräumen, wurde von der EU brüsk zurückgewiesen. Die Erklärung von Präsident Janukowitsch, das Abkommen nicht zu unterzeichnen stieß bei vielen Menschen in der Ukraine auf Unverständnis - sie hatten gehofft, der Assoziierungsvertrag werde visafreies Reisen in die EU ermöglichen und das Leben insgesamt verbessern - führte geradewegs zu den Protesten auf dem Maidan.

Am Ende stand der Umsturz im Februar 2014 mit allen Folgen. Am 24. Februar 2022 überfiel Russland die Ukraine. Politisches besonnenes Handeln des Westens hätte den Krieg verhindern können. Am Ende des Krieges werden Hunderttausende von Toten auf beiden Seiten gezählt werden, die Ukraine wird als ein zerstörtes Land auf Jahrzehnte der Hilfe von außen bedürfen. Und Russland hat mit seinem völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine sich selbst den größten Schaden zugefügt.

kreisvorstand aktuell

Für den 8. Februar 2023 war eine Sitzung des Kreisvorstandes im Bürgerbüro Döbeln vorgesehen. Auf der Tagesordnung standen u.a. eine letzte Abstimmung in Vorbereitung des Kreisparteitages und eine Gewerkschaftskonferenz am 04. April 23 in Hohenstein-Ernstthal, zu der Stephan Gabler (per Video oder Telefon) von der AG Betrieb & Gewerkschaft Chemnitz zugeschaltet werden sollte.

Aus organisatorisch-technischen Gründen konnte die Beratung nicht stattfinden. Die Vorbereitung der Konferenz für Betriebsräte, Personalräte und Interessierte aus Südwestsachsen in Hohenstein-Ernstthal wird vom Kreisvorstand auf seiner nächsten Sitzung am 1. März im Bürgerbüro Mittweida behandelt.

Auf dem Kreisparteitag in Siebenlehn wurde die vom Kreisvorstand bestätigte Vertrauensperson vorgestellt. Diese Aufgabe nimmt künftig **TOBIAS KRAUSE** wahr. Im folgenden stellt er sich und seine künftige Aufgabe vor.



Liebe Genoss*innen und liebe Leser*innen, mein Name ist Tobias Krause, ich bin 24 Jahre alt und hole zurzeit meine Fachoberschulreife im Fachbereich Wirtschaft nach. In der ergangenheit wurde ich im Bekanntenkreis und persönlich häufiger em Thema Belästigung im sexuellen als auch nicht sexuellen Kontext konfrontiert. Diese Konfrontationen führten dazu, dass ich mir die Zeit genommen habe, um mich ausführlich mit der Thematik, Schutzräumen, Weiterbildungen/Seminaren, Handlungsmöglichkeiten und dem rechtlichen Bereich (ich bin kein Jurist und ersetze keinen Jurist*innen) zu beschäftigen. Auch heute gehe ich noch regelmäßig zu Weiterbildungen und stehe im Austausch mit Schutzhäusern und Vereinen, welche Hilfe für Opfer anbieten. Als wir uns im Kreisvorstand entschieden, eine Vertrauensperson aufzustellen, habe ich mich freiwillig gemeldet, da mir das Thema am Herzen liegt und jedes Opfer einer solchen Tat eine Ansprechperson braucht, die nicht nur weiter vermittelt, sondern in erster Linie das Gesagte auch glaubt und mit einem zusammenarbeitet. Unter der E-Mail-Adresse:

tobias.krause@dielinke-mittelsachsen.de

bin ich für jeden Menschen erreichbar.

unsere jubilarer



All unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen über Sechzig sowie unseren hochbetagten Geburtstagskindern gratulieren wir hiermit ganz herzlich!

Im März 2023 wird aus diesem Anlass gefeiert bei:

MANFRED GUMPRECHT	geb. am 01.03.1941,	in	Penig
DIETER MUCKE	geb. am 06.03.1939,	in	Großschirma
SIEGFRIED GILAT	geb. am 09.03.1932,	in	Erlau
LIESBETH MÖLLER	geb. am 13.03.1932,	in	Freiberg
SIEGFRIED THOMAS	geb. am 15.03.1938,	in	Döbeln
FRANK FRITZSCHE	geb. am 17.03.1942,	in	Penig
JUTTA BOCHMANN	geb. am 20.03.1933,	in	Mulda
ILONA JUNGHANS	geb. am 20.03.1938,	in	Augustusburg
HORST HAMMER	geb. am 21.03.1928,	in	Wechselburg
ORTRUN KÖTZSCH	geb. am 22.03.1936,	in	Brand-Erbisdorf
IRMGARD HAWER	geb. am 26.03.1929,	in	Leisnig
WERNER STEPHAN	geb. am 29.03.1936,	in	Geringswalde
DANUTA KLUG	geb. am 29.03.1928,	in	Brand-Erbisdorf
ERIKA RIETZSCHEL	geb. am 31.03.1938,	in	Döbeln
HANS-JOACHIM KLÖPPER	geb. am 31.03.1930,	in	Freiberg

In eigener Sache: An dieser Stelle hat seit jeher die Geburtstagsliste unserer Senior*innen in den „LinksWorten“ ihren Platz. Laut der aktuellen Datenschutzverordnung der EU dürften wir Namen eigentlich nur bei der dokumentierten Zustimmung jedes einzelnen Jubilars veröffentlichen. Wir haben diese Vorgabe für unsere Zeitung aktualisiert. Genossinnen und Genossen, die an dieser Stelle nicht (oder nicht mehr) genannt werden möchten, bittet die Redaktion im Vorab um Information.

historische daten und jahrestage im februar 2023

22. - 25.02. 1848: Februarrevolution in Frankreich löst eine Welle von Revolutionen und demokratischen Massenbewegungen in Europa aus.

22. - 29.02. 1848: In London erscheint das „Manifest der Kommunistischen Partei“.

11.02. 1873: Ausrufung der ersten Republik in Spanien.

10.02. 1898: Bertold Brecht geboren.

07.02. 1933: Illegale KPD-Konferenz in Ziegenhals bei Berlin. Ernst Thälmann spricht das letzte Mal vor Funktionären der KPD.

23.02. 1933: Das Karl-Liebknecht-Haus - die KPD-Zentrale - in Berlin wird von SA besetzt und geschlossen.

27.02. 1933: Reichtagsbrand in Berlin. Die KPD wird der Brandstiftung bezichtigt.

02.02. 1943: Kapitulation der Nordgruppe der eingeschlossenen 6. Armee unter Generalfeldmarschall Paulus. Der Ausgang der Stalingrader Schlacht markiert den grundlegenden Umschwung im Verlauf des zweiten Weltkrieges an der Ostfront.

09.02. 1943: Beginn der Massaker in Wolhynien und Ostgalizien an der dortigen polnischen Bevölkerung durch die Ukrainische Ausrückende Armee (UPA).

22.02. 1943: Sophie und Hans Scholl ermordet.

03.02. 1948: In der amerikanischen und britischen Zone streiken drei Millionen Arbeiter und Angestellte.

07.02. 1948: Der Ministerpräsident von Nordrhein-Westfalen entlässt die KPD-Minister Paul Hugo und Heinz Renner.

08./09.02. 1973: Gründungskongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) in Brüssel.

20.02. 1973: Brigitte Reimann verstorben.

17.02. 1998: Ernst Jünger verstorben.

15.02. 2003: Weltweite Massendemonstrationen gegen den drohenden Irakkrieg.

24.02. 2008: Raul Castro wird neuer Staatschef in Kuba.

15.02. 2013: Dietrich Kittner verstorben.

terminübersicht

februar 2023

- 11.02. 18:00 Uhr Kreisparteitag
Siebenlehn, Hotel „Schwarzes Roß“
- 24.02. 18:00 Uhr Friedenskundgebung: Verhandlungen statt Panzer
Leipzig, Wilhelm-Leuschner-Platz
- 25.02. 14:00 Uhr Friedenskundgebung: Gegen die Gefahr eines großen Krieges gemeinsam vorgehen!
Berlin, am Brandenburger Tor
- 27.02. 18:00 Uhr Klub Kontrovers (siehe die nebenstehende Ifo) des Landesverbandes Sachsen

märz 2023

- 01.03. 17:00 Uhr Öffentliche Sitzung der Kreistagsfraktion
Flöha, Fraktionsbüro
- 01.03. 18:00 Uhr Sitzung des Kreisvorstandes
Bürgerbüro Mittweida, Weberstraße 8
- 08.03. Internationaler Frauentag mit Veranstaltungen
u.a. in Wiederau und Freiberg



Klub Kontrovers - DIE LINKE als Interessenvertreterin

Mit dem Klub Kontrovers startet der sächsische Landesverband der LINKEN in diesem Jahr eine Veranstaltungsreihe, die es den Mitgliedern ermöglichen soll, gemeinsam mit kompetenten Verantwortungsträger*innen über Probleme zu diskutieren, die Partei und Gesellschaft bewegen. Unter Moderation der Vorsitzenden Susanne Schaper und Stefan Hartmann werden jeweils zwei Gäste zu interessanten Fragen vortragen und diskutieren. Der Start in die Veranstaltungsreihe erfolgt am 27. Februar, 18 Uhr. In einer online-Debatte werden Prof. **MICHAEL BRIE** und der stellvertretende Parteivorsitzende **LORENZ GÖSTA BEUTIN** versuchen, die Frage zu beantworten, was notwendig ist, damit DIE LINKE wieder stärker als Interessenvertretung all jener wahrgenommen wird, die nicht aus Kapitaleinkünften ihr Leben bestreiten. Die Veranstaltung erfolgt über die online-Plattform BigBlueButton.



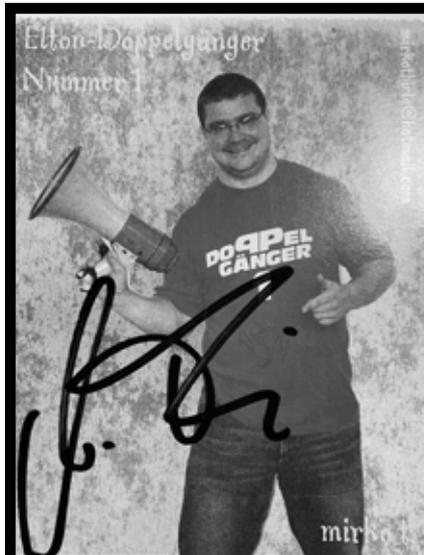
ver.di startet Kampagne zum Volksantrag „8. März als Feiertag in Sachsen“

Die Vereinte Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di) hat am 12. November 2022 eine Kampagne gestartet, die aus Sicht der Initiator*innen längst überfällig war. Im Rahmen einer Bezirksdelegiertenkonferenz in Dresden wurde an die Ideen von Clara Zetkin erinnert, an deren Forderung, Frauen ein aktives und passives Wahlrecht einzuräumen, bessere Arbeitsbedingungen zu schaffen und gleiche Löhne für gleiche Arbeit zu zahlen. Was Frauen in unserer Gesellschaft leisten, wird noch immer unterschätzt und zu wenig gewürdigt. Die Forderung, hierfür den 8. März zum offiziellen Feiertag in Sachsen zu erklären, ist einer von vielen Schritten. Dass es noch immer Unterschiede in der Entlohnung gibt, ist entwürdigend und eine der großen Herausforderungen für ver.di. In den nächsten Wochen und Monaten wird es nach den Worten der Initiator*innen darum gehen, auf Veranstaltungen, im Rahmen von Versammlungen, öffentlichen Aktionen und im privaten Bereich 40.000 Unterschriften zu sammeln. Starttermin für die Sammlung von Unterschriften war der 12. November des vergangenen Jahres, Endtermin ist der 31. August 2023. Die sächsische LINKE gehört neben der SPD Sachsen, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen, dem DGB Sachsen und dem Landesfrauenrat Sachsen e.V. u.a. zu den Unterstützern des Volksantrages. Wir haben das Ziel, einen ordentlichen Beitrag zu den geforderten 40.000 Unterschriften zu leisten. In der Kreisgeschäftsstelle und in den Bürgerbüros liegen Merkblätter für Sammlerinnen und Sammler sowie Sammelisten bereit und können angefordert werden.



Aktion DIE LINKE hilft!

Seit Januar dieses Jahres bieten **KATI VOIGT** im Bürgerbüro Döbeln und ich, **REBECCA LANGE**, im Bürgerbüro Mittweida im Zuge des Programms „DIE LINKE hilft“ wöchentlich eine Sozialberatung für alle Bürgerinnen und Bürger. Wir bieten u.a. Hilfestellung an, einen ersten Schritt der Beratung zu gehen und beim Stellen der richtigen Anträge helfen. Die Türen unserer Büros stehen dafür allen Interessenten mittwochs von 13-16 Uhr in Mittweida und dienstags 14-17 Uhr in Döbeln offen.



MIRKO THIELE, langjähriger Stadtrat der LINKEN in Brand-Erbisdorf, ist am 28. Januar 2023 im Alter von nur 45 Jahren plötzlich verstorben. Er gehörte dem Stadtrat seit 1999 an, leitete den Ausschuss Kultur, Sport und Soziales und setzte sich in seiner langjährigen ehrenamtlichen Tätigkeit intensiv für die Belange der jungen Menschen in Brand-Erbisdorf ein. Überregional wurde Mirko Thiele unter seinem Spitznamen „Elton“ bekannt, da er Doppelgänger des gleichnamigen Fernsehmoderators und Entertainers war. **LARS KLEBA**, Landesgeschäftsführer der LINKEN, war eng mit

Mirko Thiele befreundet und widmet ihm aus Anlass des plötzlichen Todes seines Kumpels einen bewegenden Nachruf. Diesen Nachruf kann man auf Seite -9- nachlesen.